

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 22. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am
11.05.2023 im Marie-Curie-Gymnasium, Raum 222, Ernst-Thälmann-Straße 17,
14974 Ludwigsfelde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Nadine Walbrach

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Dunkel
Herr Edgar Leisten
Herr Detlef Schlüpen
Frau Judith Kruppa
Herr Philipp Maaßen
Herr Jens Wylegalla

Vertretung für Herrn Hans-Georg Nerlich

Sachkundige Einwohner

Frau Jeanette Averhaus
Frau Christina Bauermeister
Herr Christian Quade

Verwaltung

Frau Dietlind Biesterfeld
Herr Johannes Ferdinand
Herr Karsten Dornquast
Herr Horst Förster-Schüz
Frau Franziska Neubert
Herr Buttenberg
Frau Nicole Bastubbe
Frau Birgit Kaminski
Frau Hiltrud Preuß
Herr Sven Schulze

Beigeordnete und Leiterin D III
Beigeordneter und Leiter D I
Leiter Amt f. Bildung und Kultur
Leiter untere Bauaufsichts- u. Denkmalschutzb.
Leiterin Rechtsamt
Leiter Amt f. Digitalisierung u. Informationstechn.
SGLin Schulverwaltung und Kultur
Fachkoordinatorin Sportmanagement
Sachbearbeiterin Denkmalschutz
Schulrat Staatliches Schulamt Brandenburg

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Georg Nerlich
Frau Gertraud Rocher
Herr Tobias Brosig

Sachkundige Einwohner

Frau Christiane John

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 23.03.2023
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Vorstellung des Projektes "Elternfinanzierte iPad-Klassen" durch den Schulleiter des Marie-Curie-Gymnasiums, Herrn Freitag
Beschlussvorlagen
- 7 Beschluss über die Änderung der Förderrichtlinie über die Vergabe von Zuwendungen für Maßnahmen der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes des Landkreises Teltow-Fläming 6-4978/23-III
- 8 Sportförderung 2. Halbjahr 2023 6-5036/23-I
- 9 Petition - Teltow Fläming will Sport machen: Jetzt den Vereinen das Training am Wochenende erlauben! 6-5025/23-KT
- 10 Errichtung einer Oberschule in Ludwigsfelde 6-5055/23-I
- 11 Fünfte Änderungssatzung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Teltow-Fläming 6-5052/23-I/1
Anträge
- 12 Antrag der AfD-Fraktion zur Verbesserung der Schulwegsituation der Thyrower Kinder nach Ludwigsfelde 6-5005/23-KT
- 13 Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu Menstruationsprodukte 6-5042/23-KT

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende des Ausschusses, **Frau Walbrach**, eröffnet die 22. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport. Sie begrüßt die Anwesenden. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 23.03.2023

Die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Herr Oliver Scharfenberg bezieht sich auf die eingebrachte Petition. Er bemerkt, es gibt die Satzung über die Hallenzeiten vom Landkreis, wonach bisher an Wochenenden nur Wettkampfbetrieb möglich ist. Aber es liegt auch ein Bedarf zur Nutzung der Sporthallen für Übungszwecke an den Wochenenden vor. Im Jahr 2017 wurde bereits über dieses Thema beraten, es wurde aber aus Kostengründen abgelehnt. Er hat eine Anfrage zu den Kosten, rechtlichen Grundlagen usw. am 20.02.2023 an die Landrätin gestellt. Er regt an, mit der Diskussion abzuwarten bis eine Antwort vorliegt.

Herr Dornquast teilt mit, dass die Anfrage sehr umfangreich war und durch das A 40 nicht in Gänze beantwortet werden kann. Die Querschnittsämter haben ebenfalls zurzeit nicht die personellen Ressourcen zur Beantwortung der detaillierten Fragen. Auf den Vorschlag von Herrn Scharfenberg, dazu direkt in den gemeinsamen Dialog zu treten, verweist er an Frau Bastubbe.

Frau Bastubbe weist darauf hin, dass es sich um keine öffentliche Anfrage handelt. Somit erhält die Antwort auf die Anfrage nur Herr Scharfenberg.

Herr Wylegalla regt an, den TOP 9 auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Herr Dr. Gürth, Mitglied des TSV Rangsdorf, kritisiert, dass die Vereine bei der Antwort auf die Petition nicht einbezogen worden sind. Er meint, eine Kostenbeteiligung der Vereine wäre sicher auch möglich. Es sollte gemeinsam ein Kompromiss gefunden werden.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Es gibt keine Mitteilungen.

TOP 6

Vorstellung des Projektes "Elternfinanzierte iPad-Klassen" durch den Schulleiter des Marie-Curie-Gymnasiums, Herrn Freitag

Frau Walbrach erteilt Herrn Freitag, dem Leiter des Marie-Curie-Gymnasiums, das Wort.

Herr Freitag gibt einen Überblick über die Schule und stellt die verschiedenen Baumaßnahmen vor. Er bedankt sich für die Finanzierung durch den Landkreis. Weiterhin informiert er über die neue Technik, die in den meisten Räumen in verschiedener Form vorhanden ist. Er berichtet, die Arbeit mit den iPads beginnt in der 8. Klasse. Er betont, es wird keine Digitalisierung des Unterrichts gemacht, sondern der Unterricht wird mit einem digitalen Gerät begleitet. Im Anschluss stellen vier Lehrkräfte der Schule einen Unterrichtstag mit iPads dar.

Herr Quade interessiert, ob bereits ein Erfahrungsaustausch mit dem LISUM stattgefunden hat.

Herr Freitag antwortet, das wurde bisher nicht in den Focus genommen. Das Marie-Curie-Gymnasium hat sich mit den Schulen vernetzt, die ebenso verfahren und ist gern bereit, Multiplikatoren-Schule zu werden. Wichtig ist, alle 50 – 60 Lehrkräfte davon zu überzeugen.

Herr Schlüpen fragt, ob man das auf den Landkreis übertragen kann.

Herr Ferdinand berichtet, die Verwaltung ist auf dem besten Weg die Voraussetzungen zu schaffen. Der Kreisausschuss hat die notwendigen Mittel bewilligt.

Die Frage von **Frau Averhaus**, ob die Schule über digitale Schulbuchlizenzen verfügt, bejaht **Herr Freitag**. Er weist aber darauf hin, dass sie von der Schule bezahlt werden, was aber in den nächsten Jahren nicht mehr machbar ist.

Herr Freitag betont, aus seiner Sicht muss das Land dringend das Lernmittelfreiheitsgesetz ändern. Auch in diesem Jahr konnten aus dem Lernmittelbudget, woran Eltern und Schulträger beteiligt sind, keine Lizenzen gekauft werden. Es müssen wieder Bücher beim Buchhändler bestellt werden.

Frau Kruppa fragt nach den Voraussetzungen, die Kinder aus den Grundschulen beim Übergang ins Gymnasium mitbringen sollten.

Herr Freitag berichtet, bisher gab es noch keinen Austausch mit den Grundschulen. Aus diesem Grund wird Informatik in der 7. Klasse als zusätzliches Fach eingeführt, um die Kinder an die digitale Arbeitsweise heranzuführen. Ende der 7. Klasse legen die Schüler*innen den sogenannten „iPad-Führerschein“ ab. Er betont abschließend, es ist wichtig, dass die Grundschulen Kinder schicken, die in hohem Niveau lesen, schreiben und rechnen können.

Frau Walbrach bedankt sich im Namen des Ausschusses ganz herzlich.

TOP

Beschlussvorlagen

TOP 7

Beschluss über die Änderung der Förderrichtlinie über die Vergabe von Zuwendungen für Maßnahmen der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes des Landkreises Teltow-Fläming (6-4978/23-III)

Die Beigeordnete und Dezernentin D III, **Frau Biesterfeld** berichtet, dass der Bereich Denkmalschutz seit dem 01.05.2023 ein Sachgebiet der unteren Bauaufsicht ist. Sie stellt den zuständigen Amtsleiter der unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, Herrn Förster-Schütz vor. Sie bemerkt, die Erarbeitung der Neufassung der Denkmalschutz-Richtlinie hat noch weitgehend unter der vorhergehenden Amtsleitung stattgefunden.

Frau Biesterfeld gibt anhand des Sachverhalts und der Synopse der Vorlage einen Einblick in die beabsichtigten Veränderungen und erläutert diese. Sie weist darauf hin, dass Frau Preuß aus dem Sachgebiet Denkmalschutz und die Rechtsamtsleiterin, Frau Neubert bei Fragen zur Verfügung stehen.

Herr Wylegalla hat aufgrund der mitunter negativen Darstellung der unteren Denkmalschutzbehörde mit dem § 4 Abs. 3, der lautet „Überschreitet die Summe der beantragten Fördermittel die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, ist die Priorisierung der förderfähigen Objekte intern durch die Bewilligungsbehörde festzulegen“.

Er schlägt vor, „festzulegen“ durch „vorzuschlagen“ auszutauschen. Er stellt dazu einen Änderungsantrag.

Frau Biesterfeld kann den Einwand nachvollziehen, da der Eindruck vermittelt wird, dass die Entscheidung durch die Behörde getroffen wird.

Frau Neubert bestätigt, dass die vorgeschlagene Änderung juristisch unproblematisch ist.

Frau Walbrach stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag.

Ja-Stimmen: 7 (einstimmig)

Der Ausschuss empfiehlt, im § 4 Abs. 3 „festzulegen“ durch „vorzuschlagen“ auszutauschen.

Der § 4 Abs. 3 soll somit lauten:

„Überschreitet die Summe der beantragten Fördermittel die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, ist die Priorisierung der förderfähigen Objekte intern durch die Bewilligungsbehörde vorzuschlagen.“

Weiterhin bittet **Frau Walbrach** um Abstimmung über die Vorlage mit der vorgeschlagenen Änderungsempfehlung.

Die Vorlage wird dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7 (einstimmig)

TOP 8 **Sportförderung 2. Halbjahr 2023 (6-5036/23-I)**

Herr Dornquast führt aus, die Sportförderung erfolgt auf Grundlage der Sportförderrichtlinie, die vor kurzem beschlossen wurde. Er weist darauf hin, dass in der Vergangenheit oft kleinteilige Summen bei der Projektförderung nicht in Anspruch genommen wurden. Daher wird vorgeschlagen, dass mit diesen Rücklauf-Mitteln diejenigen berücksichtigt werden, die bei der Erstantragstellung nicht berücksichtigt werden konnten.

Frau Walbrach stellt keine Wortmeldungen fest und bittet um Abstimmung über die Vorlage.

Die Vorlage wird dem Kreisausschuss zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7 (einstimmig)

TOP 9

Petition - Teltow Fläming will Sport machen: Jetzt den Vereinen das Training am Wochenende erlauben! (6-5025/23-KT)

Herr Wylegalla beantragt aufgrund der Anfrage in der Einwohnerfragestunde die Rückstellung der Petition auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Frau Walbrach bittet um Abstimmung über den Antrag.

Ja-Stimmen: 7 (einstimmig)

TOP 10

Errichtung einer Oberschule in Ludwigsfelde (6-5055/23-I)

Herr Wylegalla erinnert an die Sitzung in Ludwigsfelde, in der sich dieser Ausschuss mit knapper Mehrheit gegen die Umwandlung der bestehenden Oberschule in eine Gesamtschule ausgesprochen hat. Der Kreistag beschloss dennoch die Umwandlung. Er weist darauf hin, dass der Bedarf in den umliegenden Gemeinden stetig steigt und berichtet weiter über die Vorgeschichte. Er erläutert, vier Jahre später bestellt die Stadt Ludwigsfelde beim Landkreis eine neue Oberschule, da sie eine eigene nicht stemmen kann. Abschließend meint er, beim Bau einer Oberschule muss unbedingt der inklusive Charakter festgehalten werden. Sie sollte möglichst fünfzügig sein. Der 5. Zug sollte eine Integrationsklasse sein.

Herr Dornquast bestätigt die Vorgeschichte und die damals schwierige Situation. Er bemerkt, vom Landkreis wurde schon lange darauf hingewiesen, dass mehr Quantität in der Sek I benötigt wird. Das war auch im Schulentwicklungsplan (SEP) bis 2017 festgeschrieben und wurde im darauffolgenden SEP bis 2022 untermauert. Er macht auf den enormen Bevölkerungszug im Norden des Landkreises aufmerksam, der den Landkreis vor enorme Herausforderungen stellt. Die Zahlen, speziell auch in Ludwigsfelde sind alarmierend. Die gleichen Probleme bestehen aber auch in Großbeeren, Zossen und Rangsdorf. Der Landkreis wird in den nächsten Jahren an mehreren Standorten Kapazitäten im Sek I-Bereich schaffen müssen.

Herr Ferdinand ergänzt, der Landkreis baut Schulen, die dem aktuellen Standard entsprechen und wo alle pädagogischen Konzepte berücksichtigt werden. Deshalb ist er auch daran interessiert, neu zu bauen. Auch muss der Kostenrahmen im Blick behalten werden.

Herrn Quade interessiert, ob es konkrete Absprachen zum Bau einer neuen Oberschule in Bezug auf die Planung mit der Stadt Ludwigsfelde gibt.

Herr Ferdinand berichtet, es besteht ein sehr guter Kontakt hinsichtlich der Abstimmung mit der Stadt Ludwigsfelde. Die Stadt verfügt über ein sehr kompetentes Bauamt, das bereits viele Vorbereitungen getroffen hat.

Herr Leisten bemerkt, Sinn einer Oberschule ist die Schwerpunktsetzung. Er fragt, ob daran bereits gedacht wurde.

Herr Dornquast erklärt, es wird erst ein formeller Beschluss zur Errichtung einer Oberschule benötigt. Erst dann kann das Staatliche Schulamt aktiv werden und eine Lehrkraft zur inhaltlichen pädagogischen Vorbereitung und Schwerpunktbildung einsetzen. Die Schwerpunktsetzung muss mit dem Schulträger abgestimmt werden.

Frau Walbrach sieht keine weiteren Wortmeldungen und bittet um Abstimmung.

Die Vorlage wird dem Kreistag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7

TOP 11

Fünfte Änderungssatzung der Satzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Teltow-Fläming (6-5052/23-I/1)

Herr Dornquast führt aus, bei der gemeinsamen Sitzung der drei Ausschüsse wurde separat durch den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport der Beschluss gefasst, dass die Entfernungsgrenzen mit einer Satzungsänderung gekürzt werden sollen. Dieser Beschluss liegt als Teilempfehlung vor. Bei der heute auf der Tagesordnung stehenden Vorlage wird vorrangig das Wechselmodell geregelt und es gibt einige redaktionelle Änderungen. Wenn dem heute zugestimmt wird, wird zur Sitzung des Kreistages am 26.06.2023 alles in einer Versionsänderung zusammengefasst.

Frau Bastubbe erläutert den Verfahrensweg.

Frau Walbrach gibt zu bedenken, dass jetzt bereits bekannt ist, dass die Satzung so nicht eingehalten werden kann.

Herr Dornquast weist auf die temporäre Notsituation aufgrund der Baumaßnahmen der Bahn hin. Er bemerkt, es können nicht für alle Schüler*innen für ein Vierteljahr Bescheide erlassen werden, da die Personalressourcen nicht vorhanden sind. Er erklärt, es gibt zumutbare Zeiten, die nach den einzelnen Jahrgangsstufen definiert sind. Diese Zeiten wurden in Verwaltungsgerichtsverfahren in den letzten 20 Jahren immer wieder bestätigt. Weiter erläutert er die Fragen von **Frau Walbrach** zum Begriff „unzumutbar“.

Herr Wylegalla hat einen redaktionellen Hinweis. Im § 9 Schülerspezialverkehr Abs. 1 steht „nach den, vom Träger der Schülerbeförderung bestimmten Zeit“.

Richtig muss es heißen: „nach **der**, vom Träger der Schülerbeförderung bestimmten Zeit“.

Herr Quade berichtet, der Kreiselternbeirat und der Kreisschulbeirat wurden informiert, dass es zurzeit ein Kompromissvorschlag ist, dem zugestimmt werden kann. Dennoch wird eine nachhaltigere Lösung gewünscht. Es gibt nach wie vor Fälle in den Schulen, dass Kinder zur Vermeidung langer Wartezeiten mit dem „Elterntaxi“ gefahren werden.

Frau Walbrach stellt den Antrag ihrer Fraktion vor (Anlage). In dem Antrag geht es darum, dass Kindern und Jugendlichen, die unter besonderen schulischen und sozialpädagogischen Schwierigkeiten leiden und an speziellen Projekten teilnehmen müssen, auch die Fahrkostenerstattung ermöglicht wird.

Herr Dornquast erläutert, es handelt sich um Schüler*innen, die einer Schule zugeordnet sind. Sie werden für dieses Projekt in der Regel an einem separaten Ort beschult. Sollten sie einen Anspruch auf Schülerbeförderung haben, werden sie behandelt wie alle Schüler*innen. Ihm sind kein Fall und auch keine Beschwerde bekannt, dass die Beförderung nicht funktionierte. Daher hat er für diesen Antrag kein Verständnis.

Frau Bastubbe bestätigt, dass diese Schüler*innen einen Anspruch haben, da es sich um zeitlich begrenzte Projekte handelt. Sie erklärt, es ist keine Maßnahme des Schulamtes, sondern wurde von den Eltern beantragt.

Frau Walbrach fragt, ob diese Problematik anders geregelt werden kann, wenn es nur wenige betrifft.

Herr Ferdinand weist darauf hin, dass die 5. Änderungssatzung vorliegt, in der alle möglichen Sonderfälle geregelt werden. Er meint, nicht jeder Spezialfall sollte in die Satzung aufgenommen werden. Er erinnert an die Eigenverantwortung der Eltern.

Herr Schulze erklärt, wenn es sich um einen langen Zeitraum handelt, wurden die Kinder auch an eine andere Schule zugewiesen. Ihm ist kein Fall bekannt, bei dem es keine Lösung gab.

Herr Dunkel schließt sich den Ausführungen von Herrn Ferdinand an. Für ihn ist es kein Antrag und kann demnach nicht beschlossen werden.

Frau Walbrach übergibt den Fall an die Verwaltung mit der Bitte um Überprüfung.

Frau Averhaus meint, in dem Antrag soll auf eine Bildungsgerechtigkeit hingewiesen werden. Sie schlägt im § 2 Abs. 8 folgenden Einschub vor:

... der Fall tritt ein a) wenn eine Leistungs- oder Begabungsklasse ab der Jahrgangsstufe 5, Spezialschule oder Spezialklasse im Sinne des Gesetzes über die Schulen im Land Brandenburg besucht oder b) **weil die Person einen spezifischen sonderpädagogischen Bedarf hat, der an der nächstgelegenen Schule nicht umgesetzt werden kann.**

Herr Dornquast gibt zu bedenken, dass die Zuweisung an eine andere Schule in der Zuständigkeit des Staatlichen Schulamtes liegt. Das Schulverwaltungsamt erhält lediglich die Bestätigung, dass die Kinder an der Schule aufgenommen sind. Abschließend meint er, es kann in einer Satzung nicht jedes Detail geregelt werden.

Frau Walbrach stellt fest, dass dieses Thema noch einmal diskutiert werden muss. Es sollte mit der Verwaltung einen Austausch geben, um wie viele Fälle es sich handelt. Sie bittet um Abstimmung.

Die Vorlage wird dem Kreistag einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6

TOP Anträge

TOP 12

Antrag der AfD-Fraktion zur Verbesserung der Schulwegsituation der Thyrower Kinder nach Ludwigsfelde (6-5005/23-KT)

Herr Leisten erläutert anhand des Sachverhaltes sowie der Stellungnahme der Verwaltung den Antrag. Er meint, die Stellungnahme der Verwaltung sollte mit mehr Zahlen untersetzt sein. Er bittet eine Veränderung in der Form zu gewährleisten, wie sie im Antrag beschrieben ist. Er bittet um Zustimmung zum Antrag und um Nachbesserungen der Verwaltung.

Herr Dornquast erläutert die Gründe, warum die VTF nicht mehr Kapazitäten zur Verfügung stellen kann. Diese Gründe wurden in den vergangenen Sitzungen ausführlich diskutiert und dargestellt. Er berichtet, dass es bereits Probleme gibt, Grundschüler*innen wie in Zülichen-dorf zu befördern. Im vorliegenden Fall geht es um Schüler*innen, die eine weiterführende Schule im Rahmen der zumutbaren Zeiten besuchen. Er erklärt, es gibt zurzeit keine Lösung. Die VTF verfügt über keine weiteren Kapazitäten. Sie hat bereits diverse Subunternehmer gebunden.

Er informiert weiter von der Vereinbarung mit der VTF, die Busse nur zu 80 % ihrer zulässigen Kapazitäten zu nutzen. Es werden regelmäßig auf allen Linien Zählungen durchgeführt. Auf Frage von **Frau Walbrach** meint er, eine Veränderung kann nur erreicht werden, wenn von der Bahn wieder der Haltepunkt genutzt wird oder die VTF irgendwann über die Kapazitäten verfügt, um dort einen Verstärkerbus einzusetzen.

Herr Dunkel bestätigt den Sachverhalt des Antrages. Er hält aber eine Lösung nur durch die Bahn möglich.

Herr Quade erinnert an seinen Vorschlag, einen Arbeitskreis zu bilden.

Herr Ferdinand weist auf die gemeinsame Sitzung des Finanzausschusses, Wirtschaftsausschusses und Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport hin. Dort gab es eine ausführliche Diskussion zu den Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Er bezweifelt, dass eine weitere Diskussion dazu Sinn macht.

Frau Walbrach hält einen Arbeitskreis für sinnvoll, um nach weiteren Möglichkeiten zu suchen. Sie erklärt, dieser Ausschuss befasst sich sehr zeitintensiv mit der Schülerbeförderung. Er ist aber für weitaus mehr Themen da. Daher begrüßt sie die Idee von Herrn Quade. Sie bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, den Antrag abzulehnen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	2
Enthaltungen:	3

TOP 13

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zu Menstruationsprodukte (6-5042/23-KT)

Herr Ferdinand empfiehlt, den Antrag zu befürworten und sukzessive auf Basis organisatorischer Eigeninitiative vor Ort umzusetzen. Eine Testphase an ausgewählten Schulen soll vorgeschaltet werden. Hinsichtlich der Kosten sieht er kein Problem. Weiter verweist er auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag. Er sieht große Probleme bei der Aufgabe des Befüllens. Er meint, die Reinigungsfirmen bzw. das Hausmeister-Personal sollte damit nicht beauftragt werden. Er bittet, diesen Antrag mit Ergänzungen zu befürworten.

Herr Wylegalla erklärt, seine Fraktion unterstützt den Antrag in der vorliegenden Form.

Herr Leisten berichtet von einer Schule, die in Eigeninitiative gehandelt hat. Seiner Meinung nach muss nicht alles vom Landkreis organisiert werden.

Herr Maaßen meint, dass es nicht die Aufgabe eines Schulfördervereins wie am Gymnasium Jüterbog ist, sondern Aufgabe des Trägers. Seine Fraktion vertritt weiterhin den ursprünglichen Antrag.

Nach weiterer Diskussion fasst **Herr Maaßen** zusammen, dass das Anbieten dieser Menstruationsprodukte enorm wichtig ist. Einige unschöne Begleiterscheinungen müssten hingenommen werden. Der Kompromissvorschlag seiner Fraktion ist, an jeder Schule bzw. auch an vom Landkreis verwalteten öffentlichen Gebäuden erst einmal eine Toilette mit den Artikeln zu bestücken.

Frau Walbrach stellt fest, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterscheidet sich von dem, was die Verwaltung bereit ist zu tun.

Herr Maaßen bemerkt, es gab keine Änderungsanträge.

Frau Walbrach liest den Beschlussvorschlag des Antrages vor und bittet um Abstimmung darüber.

Der Antrag wird dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

Frau Walbrach beendet die Sitzung und wünscht allen eine erholsame Sommerpause.

Luckenwalde, d. 09.06.2023

Nadine Walbrach
Die Vorsitzende